

II-9127 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4489 13

1993-03-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Neuwirth, Resch, *WOLFMAYR*,
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Novellierung des Berggesetzes

Die jüngsten höchstgerichtlichen Entscheidungen betreffend das Bergrecht haben die Diskussion rund um die Novellierung des Berggesetzes insbesondere etwa in den Bereichen Anrainerrechte bzw. Steinbrüche und Schottergruben neuerlich intensiviert. Vor allem die Harmonisierung des Bergrechts mit den entsprechenden Bestimmungen z.B. des Luftreinhaltegesetzes oder der Wasserrechtsnovelle und der Gewerbeordnung stellen weitere wichtige Anliegen dar.

Das gültige Berggesetz zeichnet sich durch eine extrem isolierende Betrachtungsweise der von Bergbauanlagen ausgehenden Emissionen auf die Nachbarschaft aus. Den Gemeinden wäre im bergrechtlichen Verfahren unbedingt Parteistellung zuzusichern. Das in der Verfassung gewährte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist derzeit ebenfalls nicht gegeben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

Anfrage:

1. Planen Sie Änderungen im Bereich der Parteienstellung der Gemeinden bzw. generell der Anrainerrechte im Bergrecht?
2. Welche Maßnahmen wird Ihr Ressort setzen, um im Bergrecht verstärkt den Umweltschutz zu berücksichtigen?
3. Sind Sie bereit, im Berggesetz die Berücksichtigung der entsprechenden Flächenwidmungen zwingend vorzuschreiben?